



Liebe Leserinnen und Leser,

In einer guten Atmosphäre haben die Geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen in der vergangenen Woche während ihrer Klausurtagung in Rust wichtige Entscheidungen getroffen:

Innere Sicherheit weiter verbessern: Hier stand der Kampf gegen den Terror, gegen Sextäter und organisierte Einbrecherbanden auf der Tagesordnung. Gerade gegen Einbrecher kann viel durch eine verbesserte Sicherung der eigenen vier Wände getan werden. 40 % aller Einbrüche werden abgebrochen, weil die Täter nicht schnell genug in Wohnung oder Haus eindringen können. Wir stellen für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung weitere 50 Mio. Euro pro Jahr bereit. Damit verfünffachen wir die bisher vorgesehenen 10 Mio. Euro pro Jahr für das KfW-Programm.

Mobilität der Zukunft: Der technologische Fortschritt macht vieles möglich, was bis vor kurzem noch unglaublich schien: Das automatische Fahren, die Vernetzung von Verkehrswegen oder die Elektromobilität. Wir bauen auf die Innovationskraft der deutschen Automobilhersteller, die von entscheidender Bedeutung ist, wenn auch das Automobil der Zukunft aus Deutschland kommen soll. Dabei sind wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und Energiekosten eine wesentliche Voraussetzung, um die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhalten. Wir setzen vor allem auf eine gute Infrastruktur für Ladestellen.

Europa sichern: Um die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren, müssen EU-Außengrenzen konsequent geschützt werden, auch um den Schleusern das Handwerk zu legen. Gesetz und Recht müssen an den EU-Außen- und Binnengrenzen zur Anwendung gebracht werden. Auch zur Rolle der Türkei haben wir eine klare Haltung formuliert. Das Land hat eine strategische Bedeutung für Europa und in der Nato. Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ignorieren wir nicht, sondern sprechen sie an.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



KURZ UND BÜNDIG

15. April

150-jähriges Jubiläum des MGV "Liederkreis" Salzdahlum e.V.

16. April

Landesparteitag 2016 des CDU-Landesverbandes BS

18. April

CDA KV Braunschweig Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

19. April

Gemeinderatsfraktion Cremlingen

20.-21. April

Klausurtagung A & S, Berlin

21. April

Kreistagsfraktion/A2B Sitzung

23. April

Bierfest anl. 500 Jahre Reinheitsgebot des Deutschen Bieres, Juliusstadt

TERMINE

29. April

CDU Kreisparteitag Goslar

03. Mai 10Uhr

Besuch der Regionalstelle Braunschweig des BAMF

03. Mai 19.30Uhr

Gemeinderatsfraktion Cremlingen

04. Mai

CDA Landesverband Braunschweig "Arbeits- und Sozialpolitik Herausforderungen für Kommunen, Land und Bund"

09.-13. Mai

Sitzungswoche in Berlin



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

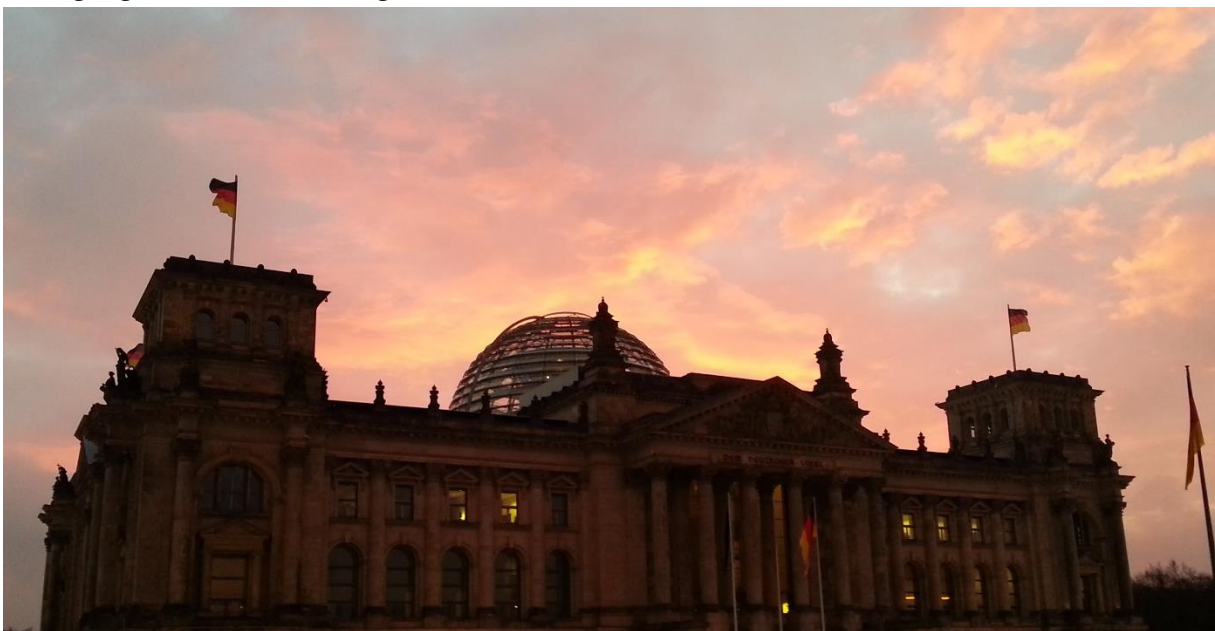


Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 25. bis 29.
April 2016

Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken. Mit diesem Antrag begegnen wir der schwierigen wirtschaftlichen Situation der europäischen und deutschen Stahlindustrie, die unter anderem durch das Überangebot an billigen Stahlimporten aus China hervorgerufen wird. Wir stellen fest, dass es mit dem bestehenden Instrumentarium der EU zu lange dauert, effiziente Maßnahmen gegen dieses Dumping zu ergreifen und fordern vor diesem Hintergrund etwa eine beschleunigte Anwendung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU. Daneben braucht es eine vertiefte Prüfung, inwieweit die geplante Verleihung des WTO-Status einer Marktwirtschaft an China negative Auswirkungen auf unsere Stahlindustrie haben kann. Ferner muss bei der anstehenden EEG-Novelle berücksichtigt werden, dass die Energiepreise bezahlbar bleiben. Wir sind für die Beibehaltung der vollständigen Befreiung der in der Stahlindustrie genutzten Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage und wollen,

dass die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie bei der zukünftigen Ausgestaltung des Europäischen Emissionshandels und im Klimaschutzplan 2050 berücksichtigt wird.

Tschernobyl und Fukushima mahnen – Verantwortungsbewusster Umgang mit den Risiken der Atomkraft und weitere Unterstützung der durch die Reaktorkatastrophen betroffenen Menschen. Zu den Jahrestagen der Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima gedenken wir mit diesem Antrag beiden Unglücken. Wir fordern die Bundesregierung unter anderem dazu auf, den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland weiter umzusetzen, höchste Sicherheitsniveaus deutscher Kernkraftwerke gegen terroristische Angriffe zu gewährleisten und auch auf europäischer und internationaler Ebene wie bisher für diese Ziele einzutreten. Darüber hinaus soll der Ukraine weiter bei der Beseitigung der Folgen des Tschernobyl-Unglücks geholfen werden - insbesondere durch Linderung der medizinischen und sozialen Spätfolgen.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung.

Mit diesem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, sollen Schutzlücken im Strafrecht zur sexuellen Nötigung und Vergewaltigung geschlossen werden. Aktuell ist die Vornahme sexueller Handlungen gegen den Willen des Opfers alleine noch nicht strafbar – somit bleiben Fälle ungeahndet, in denen das Opfer nur mit Worten widerspricht oder sich etwa in einer Überraschungssituation nicht wehrt. Daher sieht der Entwurf künftig bereits dann eine strafbare Handlung vor, wenn der Täter eine Lage ausnutzt, in der eine andere Person aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist. Oder wenn die Person im Fall des Widerstands ein empfindliches Übel befürchtet. Ziel ist es, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen.

Transfer von Forschungsergebnissen und Innovationen in die Gesundheitsversorgung beschleunigen.

Der Transfer von Forschungsergebnissen in die Gesundheitsversorgung ist eine ebenso dringende wie dauerhafte Herausforderung, um das vorbildliche Niveau der deutschen Gesundheitsversorgung zukunftsfähig zu halten. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, bei der Umsetzung ihres Rahmenprogramms Gesundheitsforschung einen stärkeren Fokus auf die Effektivität der Gesundheitsversorgung zu legen sowie die Förderung des Mittelstandes insbesondere in der Medizintechnik und medizinischen Biotechnologie auszuweiten. Ebenfalls setzen wir uns für geeignete Rahmenbedingungen zur aktiven Beteiligung von Interessengemeinschaften, Patientenverbänden sowie Kostenträgern und

Leistungserbringern im Hinblick auf eine bedarfsgetriebene Innovationsforschung ein.



Gesetz zur Errichtung eines Transplantationsregisters.

In erster Lesung schafften wir die rechtlichen Voraussetzungen für ein bundesweites Transplantationsregister im Transplantationsgesetz. Der GKV-Spitzenverband, die Bundesärztekammer und die Deutsche Krankenhausgesellschaft oder die Bundesverbände der Krankenhausträger gemeinsam werden beauftragt, vertragliche Vereinbarungen mit geeigneten Einrichtungen zur Errichtung und zum Betrieb einer Transplantationsregisterstelle sowie zur Errichtung und zum Betrieb einer Vertrauensstelle im Einvernehmen mit dem Verband der privaten Krankenversicherung zu schließen. Durch die bundesweite Zusammenführung von an unterschiedlichen Stellen im Transplantationswesen erhobenen Daten können darüber hinaus wesentliche Erkenntnisse gewonnen werden, die zu einer Verbesserung und Weiterentwicklung der transplantationsmedizinischen Versorgung und Qualität führen.

Erstes Gesetz zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes.

Aufgrund der anhaltend schlechten Marktsituation bei Milcherzeugnissen wurde auf EU-Ebene beschlossen, dass anerkannte Erzeugerorganisationen und Genossen-



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



schaften Absprachen treffen können, um die Rohmilchproduktion auf freiwilliger Basis für einen Zeitraum von sechs Monaten zu regulieren. Wir beginnen mit der Umsetzung dieses Beschlusses in deutsches Recht in erster Lesung. Dabei soll die Ermächtigungsgrundlage für das BMEL zum Erlass von Rechtsverordnungen im Agrarmarktstrukturgesetz so geändert werden, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes auch nicht-anerkannte Agrarorganisationen umfasst. In Deutschland betrifft dies insbesondere die Genossenschaften, die bisher durch das Agrarmarktstrukturgesetz nicht erfasst wurden.

Wussten Sie schon...?

..., dass das Schloss Bellevue, der heutige Berliner Sitz des Bundespräsidenten, der historische Ort für die Zurückgewinnung der Macht durch das zivile Kabinett über die Militärs Hindenburg und Ludendorff war? Dort entließ Kaiser Wilhelm II. 14 Tage vor seinem Rücktritt Erich Ludendorff als Mitglied der Obersten Heeresleitung.



Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft wächst weiter – Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau. Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig. Die Bundesregierung hält an ihrer positiven Prognose fest und erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des

Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent im Jahr 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017. Ausschlaggebend für das erneute Wachstum ist vor allem die starke Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse. Ebenso profitiert davon der deutsche Arbeitsmarkt, der sich weiterhin sehr gut entwickelt und den positiven Trend fortsetzt. So erwartet die Bundesregierung für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und im nächsten Jahr um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Millionen Erwerbstätigen. (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

Deutschland – Das Land der Biere. Zum 500. Jubiläum des Reinheitsgebotes am 23. April 2016 lassen sich erneut Spitzenwerte rund ums Thema Hopfen und Malz aus Deutschland vermelden. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden 2015 in 1.388 deutschen Brauereien rund 88 Millionen Hektoliter Bier (ohne alkoholfreies Bier) hergestellt. Die Spitzenreiter fanden sich dabei in Bayern, wo sich fast die Hälfte der Brauereien (626) befand und mit rund 23 Millionen Hektoliter auch das meiste Bier gebraut wurde. Platz zwei ging an Baden-Württemberg mit 190 Brauereien und rund 6 Millionen Hektoliter Bier Brauleistung, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, wo in 125 Betrieben mit rund 20 Millionen Hektoliter die zweithöchste Menge Bier in einem Bundesland gebraut wurde. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Neues aus Berlin

Gemeinsame Initiative von Politik, Handwerk und Arbeitsagentur „Wege in Ausbildung für Flüchtlinge“. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat gemeinsam mit der



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) eine Initiative „Wege in Ausbildung für Flüchtlinge“ gestartet.

Rund die Hälfte der Flüchtlinge ist unter 25 Jahre alt, viele von ihnen haben eine gute Bleibeperspektive. Ihre Integration kann gelingen, wenn sie dabei unterstützt werden, einen Ausbildungsplatz zu bekommen und eine Ausbildung auch erfolgreich zu absolvieren. Sie sollen ihre Neigungen und Stärken kennenlernen, indem sie praktische Erfahrungen in verschiedenen Berufsfeldern sammeln. Entscheidend dafür sind eine frühe Berufsorientierung und eine Begleitung hin zu einem Ausbildungsplatz. Um dies zu erreichen, werden die Kompetenzen des Bundesbildungsministeriums, der Bundesagentur für Arbeit und des Handwerks gezielt gebündelt. Junge Flüchtlinge sollen so ganz praktisch und im direkten Kontakt mit Betrieben auf eine Ausbildung im Handwerk vorbereitet werden.



Die Bereitschaft gerade der kleinen und mittleren Familienunternehmen im Handwerk, Flüchtlinge mit Bleibeperspektive auszubilden und zu beschäftigen, ist hoch. Das Handwerk stellt die erforderlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung. Ziel der Initiative ist eine nachhaltige Integration von nicht mehr schulpflichtigen Asylberechtigten und anerkannten jungen Flüchtlingen sowie Asylbewerbern oder Geduldeten mit

Arbeitsmarktzugang in eine Ausbildung im Handwerk. Damit dies gelingen kann, ist ein ganzheitliches Qualifizierungs- und Betreuungssystem erforderlich, das die jungen Flüchtlinge durch eine intensive Sprachvermittlung, fachliche Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an das duale Ausbildungssystem heranführt.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung kann dafür auf bewährte Instrumente aus der Initiative „Bildungsketten“ und dem „Berufsorientierungsprogramm (BOP)“ zurückgreifen. Mit dieser Initiative werden junge Menschen am Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung individuell begleitet und unterstützt. Dieser Ansatz wird nun genutzt und ausgebaut zu einem ganzheitlichen Prozess zur Integration von jungen Flüchtlingen in eine betriebliche Ausbildung.

Die Bundesagentur für Arbeit entwickelt das Programm „Perspektive für junge Flüchtlinge im Handwerk“, mit dem sie ein breites Spektrum von Förderinstrumenten bereitstellt. Die Bildungszentren der Handwerksorganisation sind durch ihr etabliertes Beratungs-, Orientierungs- und Bildungsangebot ein zentrales Bindeglied zwischen ausbildungsinteressierten jungen Flüchtlingen und Handwerksbetrieben.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Bundesagentur für Arbeit und der Zentralverband des Deutschen Handwerks arbeiten dabei eng aufeinander abgestimmt zusammen.

50.000 Euro für die Weiterentwicklung des Breitbandnetzes im Landkreis Wolfenbüttel. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt überreichte diese Woche Förderbescheide für Mittel aus dem milliardenschweren Bundesförderprogramm

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



für den Breitbandausbau. Darunter ist auch der Antrag zur Weiterentwicklung des Breitbandnetzes des Landkreises Wolfenbüttel, das mit 50.000 Euro gefördert wird.



Den Bescheid nahm ich stellvertretend für den Landkreis Wolfenbüttel in Berlin entgegen. Im Landkreis Wolfenbüttel soll in den kommenden Jahren das bereits bestehende Glasfasernetz weiter ausgebaut werden, um eine flächendeckende Breitbandversorgung in der Region zu gewährleisten, heißt es in dem Bericht. Die nun genehmigten 50.000 Euro dienen insbesondere dazu, ein Konzept für den weiteren Glasfaserausbau im ländlichen Raum zu erstellen.

Besuch in Berlin

Diese Woche besuchte mich ein Integrationskurs aus Wolfenbüttel im Deutschen Bundestag. Der Besuch war auf Wunsch der Kursteilnehmer zustande gekommen, die sehr gerne einen Einblick in die Arbeitsweise eines Bundestagsabgeordneten erhalten wollten. Der Kurs bestand aus 20 jungen syrischen Flüchtlingen, die allesamt einen akademischen Hintergrund haben. Entsprechend hoch war deren deutsches Sprachniveau, von dem ich sehr beeindruckt war.

Mit den Besuchern unterhielt ich mich über den Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen

sowie die Möglichkeit ein Studium in Deutschland fortzusetzen. Dabei entstand ein reges Gespräch über die bundespolitischen Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik. Gemeinsam mit meinem Mitarbeiter erklärte ich der Gruppe zudem die Grundzüge des politischen Systems in Deutschland und die Rolle der Parteien.



Neben dem Gespräch besuchte der Integrationskurs noch den Plenarbereich des Bundestages und besichtigte die Kuppel.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Diese Woche sprach im Plenum des Deutschen Bundestages zu einem Antrag der Grünen: „Mehr Zeitsouveränität - Damit Arbeit gut ins Leben passt“, zur Flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit. Im Folgenden finden Sie einen kleinen Auszug der Rede. Die gesamte Rede finden Sie auf meiner Homepage.

„Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Arbeitgeber und Beschäftigte haben zwei wesentliche gemeinsame Ziele: ihre Unternehmen wettbewerbsfähig zu halten und Erfolge zu erzielen. Denn davon hängen



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Wachstum und Beschäftigung in unserem Land ab.

Unserer Wirtschaft geht es auch deshalb so gut, weil wir für unterschiedliche Anforderungen auch unterschiedliche Arbeitszeitmodelle gefunden haben und auch in der Zukunft finden werden. Zum Beispiel kann ein Stahlwerk - wie wir es eben gerade diskutiert haben - aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nur vernünftig betrieben werden, wenn rund um die Uhr gearbeitet wird. Dabei arbeiten Tausende von Beschäftigten entsprechend den unterschiedlichen Anforderungen in den Abteilungen der Produktion, der Technik und der Verwaltung.

Aufgrund von Strukturen und der Auftragslage haben Handwerksbetriebe mit ein oder zwei Gesellen ganz andere Anforderungen in Bezug auf die Arbeitszeit. Dementsprechend kommt es zwangsläufig zu verschiedenen Arbeitszeitmodellen in unserer Wirtschaft. Es kommt dementsprechend aber auch zu ganz eigenen Lösungen, was flexibel gestaltete Arbeitszeiten angeht. Das funktioniert auch ohne staatliche Regelungen, liebe Grüne. Es funktioniert sowohl in kleinen Betrieben ohne Betriebsrat als auch in Betrieben, wo die Mitbestimmung verankert ist.

Wenn Sie in Ihrem Antrag größtmögliche Zeitsouveränität für Beschäftigte fordern, klingt das natürlich zunächst einmal gut. Nur wecken Sie damit völlig falsche Erwartungen. Denn für ein gutes Miteinander unter den Kollegen und funktionierende Betriebsabläufe gilt es, neben der Herstellung der Einzelfallgerechtigkeit insbesondere auch der Verantwortung allen Beschäftigten gegenüber gerecht zu werden. Die Kunst besteht darin, Teams so aufzustellen, dass Arbeit als Gemeinschaftsaufgabe gesehen wird, um gemeinsame Ziele zu erreichen und

dabei die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen zu berücksichtigen.

Daher greifen viele Manteltarifverträge unterschiedlichste Regelungen zur Arbeitszeit auf. Sie beinhalten gleichzeitig Öffnungsklauseln für Betriebsvereinbarungen. Insgesamt werden bei diesen Tarifverträgen je nach Branche auch die jeweils wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Leistungsfähigkeit berücksichtigt...“



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

